

Stellungnahmen kulturpolitischer Akteure

Nicht »Clash« sondern »Mash« von Kurt-Jürgen Maaß

Die deutsche Leitkultur endete am 8. Mai 1945. Sie hatte eine große Zeit hinter sich. Faschismus und Rassismus aus Deutschland hatten versucht, mit ihrer Hilfe die besetzten Länder und eroberten Völker Europas von der »natürlichen Überlegenheit« der deutschen Kultur zu überzeugen. In der Außenpolitik spielte dies eine große Rolle. Eine Welle von Neugründungen sogenannter »Deutscher Institute« war zwischen 1939 und 1944 über das besetzte Europa gerollt und hatte damit begonnen, die unterworfenen Länder mit deutscher Kultur und der Leitsprache Deutsch zu beglücken – natürlich mit Ausnahme von Rußland und der Ukraine, denn die dort lebenden Menschen waren ja »rassisch minderwertig«, kulturunwürdig und nur für die Rolle als künftige »Arbeitsdrohnen« geeignet.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland begann man außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend, an die früheren und vom Faschismus unbelasteten Perioden deutscher Kulturlaute anzuknüpfen und den Menschen im Ausland Deutschland als ein Land der Kunst, der Musik, der Literatur, der Dichter, der Philosophen und Denker zu präsentieren, um damit Vertrauen in die neue junge Demokratie zu gewinnen. Deutschland trat vielen internationalen Organisationen bei, ohne darauf zu bestehen, dass Deutsch zu einer weiteren Amtssprache (und damit »Leitsprache«) wurde. Die intensive Beteiligung Amerikas am geistigen und materiellen Wiederaufbau

Deutschlands öffnete zugleich Grenzen und Herzen für die amerikanische Kultur, die damit zu einem dynamischen Faktor der Wiedergewinnung einer internationalen Identität wurde. Die Auswärtige Kulturpolitik – trotz des berühmten Wortes des Bundespräsidenten Theodor Heuss vom »freudigen Geben und Nehmen« in seiner Rede zur

Wiedereröffnung des Instituts für Auslandsbeziehungen 1951 in Stuttgart – versuchte primär, deutsche Kultur zu exportieren. Indirekt sollten zugleich auch deutsche Positionen in der Innen- und Außenpolitik erklärt und um Verständnis und Unterstützung geworben werden. Damit, so hoffte man, verbesserte sich zugleich auch das Deutschlandbild im Ausland, und im günstigsten Fall schaffte man es sogar, neugierig auf Deutschland zu machen.

Mit der Enquete-Kommission 1975 und den Leitzielen der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik

1977 wurde die Gegenseitigkeit im Kulturaustausch (»Zweibahnstraße«) stärker hervorgehoben, während interessanterweise gleichzeitig die Formulierungen zur internationalen Rolle und Bedeutung der deutschen Sprache wesentlich selbstbewusster und fordernder wurden. Studenten- und Wissenschaftleraustausch, traditionell ein Teil der Auswärtigen Kulturpolitik und damit eine Förderdomäne des Auswärtigen Amtes, mutierte seine Leitlinien von der Beeinflussung des Deutschlandbildes im Ausland und der

Gewinnung informierter, intelligenter Gesprächspartner der künftigen Führungselite zunehmend zu einem Faktor der Qualitätssicherung von Ausbildung und Forschung in Deutschland und zur Sicherung einer Internationalität deutscher akademischer Institutionen in einem immer stärkeren internationalen Wettbewerb. Der zunehmende Einstieg der für Bildung und Forschung zuständigen Bundesministerien in die Finanzierung von Austauschprogrammen war deshalb denklogisch und konsequent.

Insgesamt wurde der Kulturaustausch bewusst oder unbewusst zu einem Faktor im Wettkampf der Systeme. Die vom Westen – und damit auch von Deutschland – postulierte Überlegenheit sollte indirekt auch durch den Kultur- und Wissenschaftsaustausch manifestiert werden. Dabei musste Deutschland seine Weltläufigkeit und Reife zunehmend im Umgang mit einer immer größer werdenden Zahl von vorübergehend oder dauernd in Deutschland lebenden Ausländern beweisen. Ansatzweise wurde auch dies in der Auswärtigen Kulturpolitik thematisiert (Symposium 1980: »Gast oder Last«).

Seit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa hat die Auswärtige Kulturpolitik für viele Politiker ihre Priorität verloren. Sie war Anfang der 90er Jahre noch wichtig, um zum Aufbau der neuen Demokratien beizutragen, doch zeigen die massiv zurückgegangenen Finanzmittel, dass Selbstdarstellung, Kulturvergleich und Austausch als Leitgedanken nicht mehr ziehen. Auch die vor allem von Amerika aus hochstilisierte Angst vor einem »Zusammenprall der Kulturen« reißt niemanden mehr richtig vom Hocker – die USA selbst haben sich von ihrer Auswärtigen Kulturpolitik sogar weitgehend verabschiedet. Pragmatismus ist vorherrschend: Nicht der »Clash«, sondern eher der »Mash« der Zivilisationen wird erwartet. Die Suprematie einer Kultur zu postulieren, fällt nicht einmal mehr Frankreich ein. Dialog ist angesagt, Austausch, Verständigung als unentbehrliche Vorstufen zu Konfliktvermeidung und Krisenprävention. Wenn denn die traditionelle Auswärtige Kulturpolitik keine Konjunktur mehr hat, so ist doch zu hoffen, dass der Dialoggedanke etwas länger trägt.

Dr. Kurt-Jürgen Maaß ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart



Zhang Zhong Dao, China